ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Isengard, Bettina; Schneider, Thorsten

Article

Einstellung der Deutschen zum Euro: politische Vorteile höher bewertet als wirtschaftlicher Nutzen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Isengard, Bettina; Schneider, Thorsten (2002) : Einstellung der Deutschen zum Euro: politische Vorteile höher bewertet als wirtschaftlicher Nutzen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 69, Iss. 30, pp. 497-502

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151155

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Einstellung der Deutschen zum Euro: Politische Vorteile höher bewertet als wirtschaftlicher Nutzen

Bettina Isengard
bisengard@diw.de

Thorsten Schneider
tschneider@diw.de

Vor der Einführung des Euro-Bargeldes war die Zustimmung zum Euro in Deutschland im Vergleich zu den anderen an der Währungsunion teilnehmenden Ländern gering. Nach der Bargeldeinführung war zunächst eine Euro-Begeisterung zu verzeichnen, die in den folgenden Wochen allerdings wieder etwas abnahm. Dennoch ist die Zustimmung zum Euro inzwischen höher als im vergangenen Jahr: Während damals noch zwei Drittel aller Deutschen Sorgen im Zusammenhang mit der Euro-Einführung äußerten, ist es nun nur noch die Hälfte. Indes liegt Deutschland bei der Akzeptanz des Euro innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU) immer noch auf einem hinteren Platz.

Der scheinbare Vorteil der Deutschen eines einfachen Umrechnungskurses zwischen D-Mark und Euro erweist sich bei der Bildung eines neuen Referenzsystems für Preise eher als Nachteil, denn durch das schnelle Umrechnen der Preise bleibt die D-Mark im ständigen Bewusstsein der Konsumenten. Die vom DIW Berlin erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass die Sorgen bei den höher Gebildeten und bei den EU-Ausländern am seltensten anzutreffen sind. Bei der deutschen Bevölkerung geht die Sorge in starkem Maße mit der Befürchtung einher, die neue Währung bringe wirtschaftliche Nachteile für Deutschland. Generell herrscht hierzulande die Einstellung vor, der Euro fördere mehr die europäische Einheit als die wirtschaftliche Entwicklung. Die subjektive Einstellung der Bevölkerung zur neuen Währung sollte nicht zuletzt aus gesellschaftspolitischen Gründen im Auge behalten werden, da die Gefahr besteht, dass wirtschaftliche Probleme fälschlich dem Euro zugerechnet werden. Sollten diese Probleme ausbleiben, dürfte das neue Zahlungsmittel rasch akzeptiert werden.

Die Zustimmung der Europäer zum Euro

Seit dem 1. Januar 2002 hat der Euro in zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union die nationalen Währungen als offizielles Zahlungsmittel abgelöst. Innerhalb der EU haben nur Dänemark, das Vereinigte Königreich und Schweden sich vorerst gegen eine Beteiligung an der Währungsunion entschieden. Doch nicht alle, die jetzt mit dem Euro zahlen, trennten sich leichten Herzens von ihren alten Währungen.

Eine Betrachtung der einzelnen Teilnehmerländer (Euro-12) zeigt, dass die Zustimmung im Herbst 2001 in Finnland am geringsten war (Abbildung 1). Hier wollte nur knapp jeder Zweite den Euro haben. Auch in Deutschland fiel die Zustimmung gering aus. Besonders auffällig sind hierzulande die Unterschiede zwischen Ost und West. Während kurz vor der Einführung 62 % der Befragten in Westdeutschland der neuen Währung positiv gegenüberstanden, waren es im Osten des Landes nur 49 %.

Die Deutschen hingen besonders stark an ihrer Währung. Denn nationale und politische Identifikationssymbole, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden und nicht vorbelastet waren, nehmen eine Schlüsselrolle bei der nationalen Identifikation ein. Bestes Beispiel dafür ist die D-Mark,[1] die in der alten Bundesrepublik das Symbol für den geglückten Wiederaufbau und die enorme Verbreitung des wirtschaftlichen Wohlstands war.

D-Mark war ein nationales Identifikationssymbol

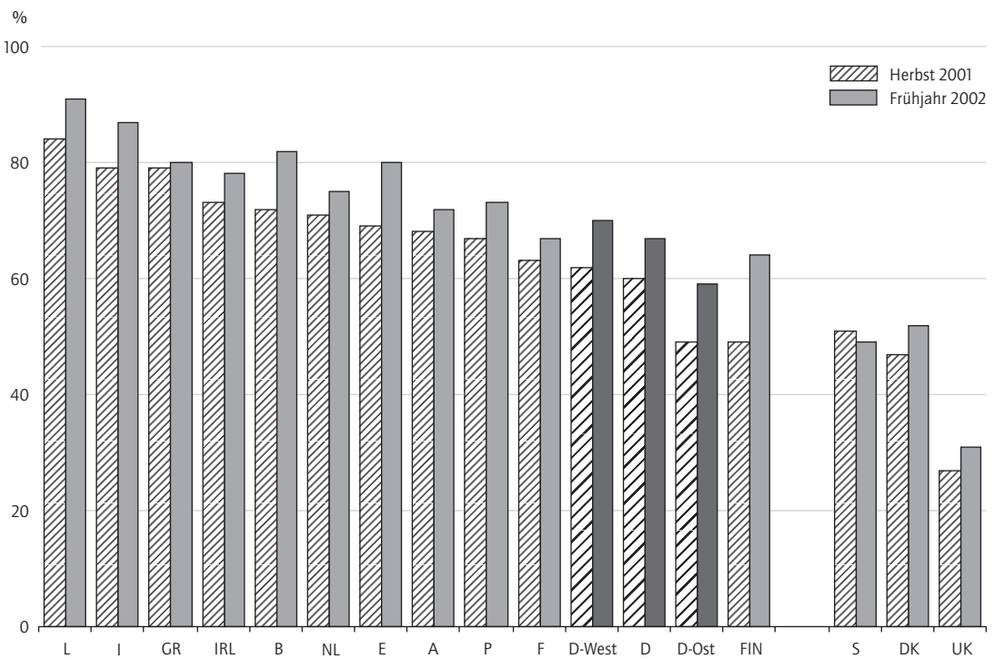
In Luxemburg war die Zustimmung kurz vor der Einführung am größten (84 %). Bedingt durch die Tatsache, dass Luxemburg keine eigenständige

1 Müller-Peters (2001) fand heraus, dass die Menschen in den einzelnen europäischen Ländern auf verschiedene Symbole stolz sind. Während in Deutschland dies die nationale Währung war (65 % der Befragten gaben an, stolz auf die D-Mark zu sein), hatte dieses Symbol in den anderen Ländern einen geringeren Stellenwert. So waren z. B. im Vereinigten Königreich 54 % stolz auf das Pfund, in Frankreich sogar nur 25 % auf den Franc. Im europäischen Durchschnitt waren es 45 %, die auf ihre nationale Währung stolz sind. Vgl. Anke Müller-Peters: Psychologie des Euro. Die Währung zwischen nationaler Identität und europäischer Integration. Lengerich: Pabst Science Publishers, 2001, insbesondere S. 174 ff.

A 22127 C

Abbildung 1

Zustimmung zum Euro in den EU-Ländern vor und nach Einführung des Euro-Bargeldes



Quelle: Europäische Kommission: Eurobarometer, Nr. 56 und Nr. 57. Brüssel. **DIW** Berlin 2002

Geringe Zustimmung in Deutschland im europäischen Vergleich

Währung hatte, sondern sich seit 1921 in einer Währungsunion mit Belgien befand, ist es leicht nachvollziehbar, dass den Bürgern der Abschied von ihrem alten Zahlungsmittel leicht fiel.

Des Weiteren sprach sich in Italien und Griechenland ein Großteil der Bevölkerung für die neue Währung aus (79 %). Dabei erwarteten die Italiener offenbar den Lohn für die großen Anstrengungen ihres Landes in den 90er Jahren, die Konvergenzhürden des Maastrichter Vertrages zu erfüllen.[2] Der Staatshaushalt wurde konsolidiert, viele Staatsbetriebe privatisiert und die Inflation weitgehend besiegt. Auch Griechenland wollte an der EWU teilnehmen, scheiterte jedoch im Frühjahr 1998 an den Konvergenzkriterien. Erst seit dem 1. Januar 2001 ist Griechenland offizielles EWU-Mitglied.

In Dänemark, dem Vereinigten Königreich und Schweden war die Zustimmung zum Euro im Herbst 2001 deutlich geringer als in den Teilnehmerländern (mit Ausnahme von Finnland). Insofern war die Entscheidung dieser Länder gegen die Währungsunion politisch rational.

Zustimmung zum Euro nach Bargeldeinführung gestiegen

In allen EWU-Ländern ist die Zustimmung zum Euro nach dessen Einführung als offiziellem Zahlungsmittel gestiegen. Besonders deutlich ist der Zuwachs in Finnland (+15 Prozentpunkte), Spanien (+11), Belgien (+10) und im Ostteil Deutschlands (+10). Dennoch ist in Deutschland und Finnland die Zustimmung immer noch am geringsten.

Sorgen im Zusammenhang mit der neuen Währung in Deutschland

Mit den Daten des vom DIW Berlin zusammen mit Infratest Sozialforschung durchgeführten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann gezeigt werden, wie sich die Sorgen vor und nach der Einführung des Euro-Bargeldes in Deutschland entwickelt haben und welche Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich besorgt sind. Im SOEP wird bereits seit 1999 – nach dem Inkrafttreten der Europäischen Währungsunion in Form fester Wechselkurse – nach der Sorge im Zusammenhang mit der Einführung des Euro gefragt.[3] Im Jahre 2002 wur-

2 Die Konvergenzkriterien, die in einem Zusatzprotokoll zum Maastrichter Vertrag von 1992 spezifiziert worden sind, beziehen sich auf eine solide Haushaltslage, Preisstabilität, möglichst niedrige langfristige Zinsen und Wechselkursstabilität.

3 Die Frage lautet: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? Über die Einführung des Euro statt der D-Mark?" Als Antwortmöglichkeiten stehen den Befragten die Kategorien „Keine Sorgen", „Einige Sorgen" und „Große Sorgen" zur Verfügung.

de zusätzlich erhoben, ob die Menschen Schwierigkeiten beim Umgang mit dem neuen Bargeld haben. Auch wurden sie nach ihrer Einschätzung zu den wirtschaftlichen und politischen Vor- und Nachteilen der Euro-Einführung gefragt.

Entwicklung der Sorgen

Im Frühjahr 1999 betrug der Anteil derjenigen, die sich Sorgen im Zusammenhang mit der Euro-Einführung machten, 60 %.[4] Im Jahre 2000 lag er mit 69 % deutlich höher. Ein weiteres Jahr später fiel der Anteil der sich Sorgenden mit 66 % wieder etwas niedriger aus.[5] Erst nach Einführung der neuen Münzen und Geldscheine sank der Anteil dann deutlich – um 16 Prozentpunkte – auf 50 %. Am geringsten waren die Sorgen bei den Befragten, die im Januar 2002 interviewt wurden.

Der starke Rückgang der Sorgen, insbesondere in den ersten Wochen nach Einführung des Euro, lässt sich mit der in der Psychologie weit verbreiteten Theorie der kognitiven Dissonanz erklären.[6] Wenn zwei miteinander unvereinbare Kognitionen (z. B. Meinungen, Einstellungen, Wissen) aufeinander treffen, führt dies nach dieser Theorie zu „inneren Spannungen“ und dem Bedürfnis, diese abzubauen. Falls eine der beiden Kognitionen auf einer nicht zu ändernden Situation beruht, dann wird die kognitive Dissonanz gelöst, indem man sich mit dieser Situation „anfreundet“. Den Betroffenen ist seit dem 1. Januar 2002 bewusst, dass die D-Mark der Vergangenheit angehört und man sich mit dem Unvermeidlichen anfreunden muss. Neue Informationen, z. B. die negative Berichterstattung in den Medien über den „Euro als Teuro“, lagen im Januar noch nicht vor, haben aber mit großer Wahrscheinlichkeit dazu geführt, dass die ablehnende Haltung in den Folgemonaten wieder stärker in den Vordergrund trat.

Dabei sind es weniger die tatsächlichen Preiserhöhungen, die dem Euro das Image eines „Teuro“ verliehen haben, sondern vielmehr die selektiven Wahrnehmungen der Konsumenten. Obwohl es insgesamt keine außergewöhnlichen Preissteigerungen gab, kam es im Dienstleistungssektor zu Verteuerungen, die dem Verbraucher sofort ins Auge stachen und als Beleg für einen generellen Preisanstieg herangezogen wurden. Diese Güter bilden aber nur einen geringen Teil des Gesamtbedarfs ab. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fielen die Teuerungsraten im Mai und Juni dieses Jahres gering aus.[7] Ökonometrische Untersuchungen des DIW Berlin zeigen, dass vom Euro kein genereller Preisanstieg ausgeht.[8] Somit steht die „subjektiv gefühlte Inflation“ im Widerspruch zur amtlich ermittelten Teuerungsrate. Es bleibt abzuwarten, wie schnell sich die Einschätzung der Konsumenten den Angaben der amtlichen Statistik und den Erkenntnissen der Fachökonomen nähern wird.

Personen, die im Jahre 1999 angaben, sich zu sorgen, gaben zu 87 % dieselbe Antwort im Jahre 2000. Diese Stabilität war auch im Jahr darauf zu beobachten. Erst im Wechsel vom Jahr 2001 auf 2002, also den Jahren vor und nach der Einführung, sank mit der Verringerung der Gesamtheit der Sorgen dieser Anteil.

Wer sorgt sich?

Große Unterschiede in den Sorgen lassen sich nach der nationalen und regionalen Herkunft feststellen. Dabei werden deutsche Staatsangehörige nach ihrem Wohnort in Ost- oder Westdeutschland und Ausländer nach ihrem Herkunftsland (Mitgliedstaat der EU versus sonstige Länder) unterschieden. Im Jahr vor der Bargeldeinführung (2001) sorgten sich Deutsche, die in den neuen Bundesländern lebten, mit 79 % am meisten (Tabelle). Der Grund ist vermutlich, dass die ehemaligen DDR-Bürger bereits nach nur zehn Jahren die lang ersehnte D-Mark wieder aufgeben mussten. Hinzu kam, dass sich für viele Ostdeutsche die Hoffnungen im Zusammenhang mit der neuen Währung nicht in vollem Umfang erfüllt hatten. Viele ostdeutsche Bürger befürchteten wahrscheinlich Ähnliches durch die Einführung des Euro.

Sorgen in Ostdeutschland besonders groß

Aber auch 64 % der Menschen in den alten Bundesländern sorgten sich. Am geringsten fielen mit 55 % die Sorgen bei den in Deutschland lebenden Ausländern aus. Ihnen kann eine geringere Bindung an die D-Mark unterstellt werden. EWU-Ausländer haben sogar direkte Vorteile bei Reisen und Überweisungen in ihr Heimatland.

Im Jahre 2002 gesellten sich zu den allgemeinen Sorgen im Zusammenhang mit der Euro-Einführung ganz konkrete Schwierigkeiten. An den Umgang mit den neuen Münzen und Scheinen mussten die Europäer sich erst gewöhnen, ebenso an das Umrechnen. Deutsche im Osten sorgten sich Anfang dieses Jahres immer noch mehr als West-

4 Anteil jener, die angaben, sich einige oder große Sorgen zu machen.
5 Die Daten wurden überwiegend im Frühjahr 2001 erhoben, also neun Monate vor der Einführung des neuen Geldes.
6 Vgl. Leon Festinger: A Theory of Cognitive Dissonance. Stanford, Stanford University Press, 1957.
7 Vgl. Wolfgang Buchwald, Jürgen Chlumsky und Nadine Engelhardt: Sechs Monate Euro – Eine Zwischenbilanz der amtlichen Preisstatistik. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden 2002.
8 Vgl.: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2002/2003. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 28-29/2002, S. 456.

Anteile der Bevölkerung in Deutschland, die sich im Zusammenhang mit der Euro-Einführung sorgt

In %

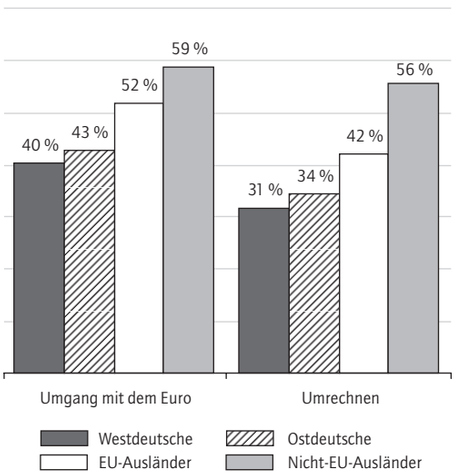
	2001	2002
Herkunft		
Deutsche, neue Bundesländer	79	57
Deutsche, alte Bundesländer	64	47
EU-Ausländer	55	47
Nicht-EU-Ausländer	55	71
Höchster erreichter Bildungsabschluss[1]		
Ohne Schulabschluss	69	63
Hauptschulabschluss	74	56
Mittlere Reife	71	51
Abitur oder Hochschulabschluss	53	35
Einkommens- und Vermögenssituation[2]		
Ohne Wertpapierbesitz	69	54
Mit Wertpapierbesitz	61	43
Unterstes Einkommensquartil[3]	69	60
Oberstes Einkommensquartil[4]	55	37
Insgesamt	**66**	**50**

1 Schüler und Personen mit anderen Schulabschlüssen werden nicht ausgewiesen.
2 Angaben werden auf Haushaltsebene erhoben. Weil Haushaltsangaben für 2002 noch nicht vorliegen, werden die Angaben aus 2001 verwendet. Einkommen wird nach Haushaltsgröße und -struktur bedarfsgewichtet.
3 Person gehört zu den untersten 25 % der gesamtgesellschaftlichen Einkommensverteilung.
4 Person gehört zu den obersten 25 % der gesamtgesellschaftlichen Einkommensverteilung.

Quellen: SOEP 2001, 2002 (Vorablieferung der Befragungsdaten für Januar bis April), Sample A–F; vorläufige Gewichte; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Abbildung 2

Schwierigkeiten beim Umgang mit dem Euro und beim Umrechnen von D-Mark auf Euro



Quellen: SOEP 2002 (Vorablieferung der Befragungsdaten für Januar bis April), Sample A–F; vorläufige Gewichte; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

deutsche. Gravierende Veränderungen hinsichtlich ihrer Sorgen lassen sich bei den Nicht-EU-Ausländern feststellen.

Bei ihnen sind die Sorgen um 16 Prozentpunkte gestiegen. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass sie die größten Schwierigkeiten beim Umgang mit dem neuen Geld und beim Umrechnen von D-Mark auf Euro haben: 59 % gaben an, Probleme beim Umgang mit dem Euro zu haben. Bei den Deutschen waren dies nur 40 % im Westen und 43 % im Osten (Abbildung 2). Noch deutlicher fielen die Unterschiede beim Umrechnen aus. Hier hatten 56 % der Nicht-EU-Ausländer, aber nur 31 % der Deutschen in den alten und 34 % in den neuen Bundesländern Probleme.

Höher Gebildete sorgen sich am wenigsten

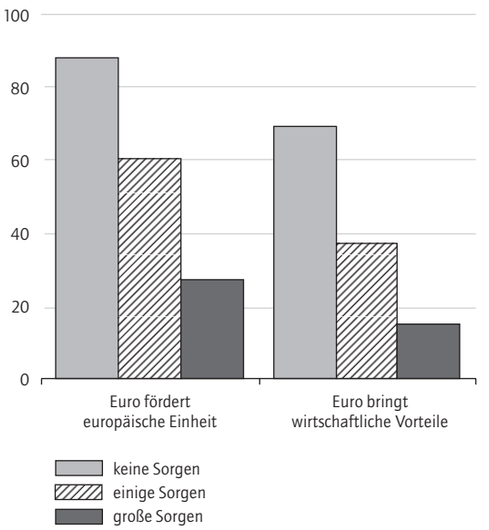
Generell lässt sich sagen: je höher die schulische Bildung einer Person, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich sorgt. Dies gilt sowohl für den Zeitraum vor als auch nach der Einführung des Euro-Bargeldes. Besonders auffällig sind die geringen Sorgen der höher Gebildeten mit Abitur und/oder Hochschulabschluss. So waren sie im Jahre 2001 um 18 Prozentpunkte und im Jahr 2002 um 16 Prozentpunkte weniger besorgt als Realschulabsolventen (Tabelle). Für die höher Gebildeten dürfte der bessere Zugang zu Informationen über den Euro ausschlaggebend sein. Allerdings hängt es nicht allein davon ab, ob jemand objektiv zutreffendes Wissen zum Euro hat. Wer sich generell besser informiert fühlt, bewertet den Euro positiver, egal ob er über den Euro tatsächlich gut informiert ist oder nicht.[9] Gibt es Personen im Befragungshaushalt, die Wertpapiere[10] besitzen, ist die Wahrscheinlichkeit geringer, zu den sich Sorgenden zu gehören. Wertpapierbesitz reduziert offensichtlich die Ängste der Befragten, da der Besitz solcher Wertanlagen mehr Wissen bei Geld- und Wirtschaftsthemen erfordert bzw. mit sich bringt.

Es zeigt sich, dass ein höheres Einkommen mit geringeren Vorbehalten gegenüber dem Euro einhergeht. So sorgen sich Personen, die zu den obersten 25 % in der Einkommensverteilung gehören, deutlich weniger als der Durchschnitt aller Befragten. Wer zu den untersten 25 % gehört, sorgt sich überdurchschnittlich häufig. Letztlich sind die Einkommensunterschiede aber auch auf Bildungsunterschiede zurückzuführen.

9 Vgl. Anke Müller-Peters et al.: Explaining Attitudes towards the Euro: Design of a Cross-National Study. In: Journal of Economic Psychology, 6/1998, S. 663–680, hier S. 669 f.
10 Zu den Wertpapieren zählen Sparbriefe, Pfandbriefe, Anleihen, Aktien usw.

Abbildung 3

Vorteile, die der Euro bringt

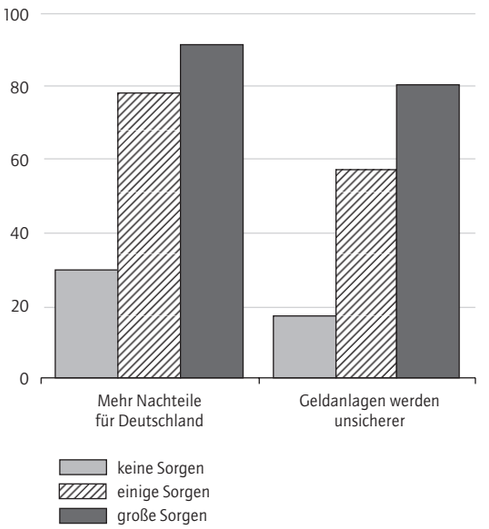


Quellen: SOEP 2002 (Vorablieferung der Befragungsdaten für Januar bis April), Sample A–F; vorläufige Gewichte; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Abbildung 4

Nachteile, die der Euro bringt



Quellen: SOEP 2002 (Vorablieferung der Befragungsdaten für Januar bis April), Sample A–F; vorläufige Gewichte; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Erwartete Vor- und Nachteile im Zusammenhang mit der Euro-Einführung

Für das Jahr 2002 liegen im SOEP weitere Informationen darüber vor, welche Vor- und Nachteile die Einführung des Euro mit sich bringt. Insgesamt erwarten 70 % der Befragten, dass der Euro die Einheit Europas fördert, und 50 %, dass die Euro-Einführung wirtschaftliche Vorteile bringt. Die Frage, ob die Abschaffung der D-Mark insgesamt mehr Nach- als Vorteile für Deutschland hat, bejahen 56 % der Befragten. Weitere 40 % stimmen der Aussage zu, dass private Geldanlagen unsicherer werden.

Wer keine Sorgen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro hat, verspricht sich überwiegend, dass der Euro politische und wirtschaftliche Vorteile bringt (Abbildung 3). Umgekehrt erwarten diejenigen, die sich sorgen, mehr Nachteile durch die Euro-Einführung (Abbildung 4). 88 % derer, die sich nicht sorgen, gehen davon aus, dass die Einführung des Euro die Einheit Europas fördert. Bei denen, die nur einige Sorgen haben, sind dies 60 % und bei denen, die große Sorgen haben, nur noch 27 %. Dasselbe Muster findet sich auch bei den erwarteten wirtschaftlichen Vorteilen. Je stärker die Sorgen, desto unwahrscheinlicher ist es, dass wirtschaftliche Vorteile erwartet werden. Gleichzeitig zeigt sich auch, dass die Zustimmung hier in allen drei Gruppen niedriger ist als bei der Aussage zur politischen Einheit. Der Nutzen des Euro wird also im Hinblick auf die politische Dimension – die Förderung der europäischen Einheit – höher veranschlagt als auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Mehr Vorteile für europäische Einheit als wirtschaftlicher Nutzen erwartet

Fazit

An die neuen Scheine und Münzen des Euro dürften sich die Menschen in Deutschland bald gewöhnt haben. Die Verinnerlichung eines neuen Preis-Referenzsystems hingegen kann sich nach Ansicht von Wirtschaftspsychologen noch über Jahre hinziehen, weil in Deutschland die Umrechnung relativ einfach ist.[11] In anderen Ländern, in denen das Umrechnen schwieriger ist, wird der Prozess vermutlich schneller abgeschlossen sein.

Mit Blick auf eine Verbesserung der Akzeptanz der Deutschen gegenüber dem Euro wiegt schwer,

11 Vgl. dazu z. B. Claudia Wessel und Christian Mayer: D-Mark als Rechenhilfe. Der Euro ist jetzt alleiniges Zahlungsmittel, doch viele Kunden brauchen die alte Währung als Maßstab. In: Süddeutsche Zeitung, 51/2002, S. 37; Gunda Wöbken-Ekert: „Das kann Jahre dauern". Der Kölner Psychologe Günter Wiswede zu den Schwierigkeiten ost- und westdeutscher Hirne, sich an Euro-Preise zu gewöhnen. In: Berliner Zeitung, 22/2002, S. 31; Sebastian Wolff: „Der Euro ist wie Flugangst". Psychologe Kiell über die Vorbehalte der Deutschen gegenüber dem Euro. In: Berliner Zeitung, 240/2001, S. 33.

Subjektiv gefühlte Inflation bremst Akzeptanz des Euro

dass die D-Mark in der alten Bundesrepublik eine Erfolgsgeschichte war. Sie war das Symbol für den erreichten wirtschaftlichen Wohlstand. Gut die Hälfte der deutschen Bevölkerung erwartet, dass sich die Euro-Einführung für Deutschland nachteilig auswirken wird. Diese Befürchtungen werden zurzeit durch punktuelle Preissteigerungen genährt, die ihr mediales Echo in der Diskussion über den „Euro als Teuro“ gefunden haben. Eine individuell erfahrbare positive wirtschaftliche Entwicklung und stabile Preise scheinen in Deutschland die wichtigste Voraussetzung für die Akzeptanz des Euro zu sein. Das Kriterium stabiler Preise ist zwar gegeben, aber die „subjektiv gefühlte Inflation“ steht noch im Widerspruch zur amtlichen Teuerungsrate. Mit einem wirtschaftlichen Aufschwung wird auch die Akzeptanz des Euro größer werden.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 283
Gaining Access to Housing in Germany: The Foreign Minority Experience
Von Anita I. Drever und William A.V. Clark
Mai 2002

Nr. 284
Youth Unemployment: Individual Risk Factors and Institutional Determinants. A Case Study of Germany and the United Kingdom
Von Bettina Isengard
Mai 2002

Nr. 285
Are People Inequality Averse, and Do They Prefer Redistribution by the State? Evidence from German Longitudinal Data on Life Satisfaction
Von Johannes Schwarze und Marco Härpfer
Mai 2002

Nr. 286
German Exports to the Euro Area
Von Sabine Stephan
Juni 2002

Nr. 287
How to Finance Eastern Enlargement of the EU
Von Christian Weise
Juni 2002

Nr. 288
Modelling Low Income Transitions
Von Lorenzo Cappellari und Stephen P. Jenkins
Juni 2002

Nr. 289
The Effect of Maternity Leave on Women's Pay in Germany 1984–1994
Von Jan Ondrich, C. Katharina Spiess und Qing Yang
Juli 2002

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als Pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (*www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere*).

DIW Berlin
Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

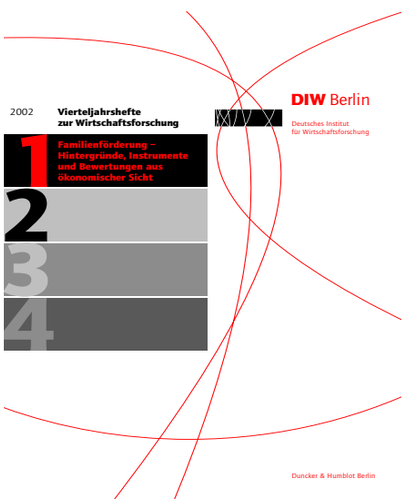
Neuerscheinung aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Seit dem ersten Heft des Jahres 2002 erscheinen die Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, die vom DIW Berlin seit 1926 herausgegeben werden, in neuer Konzeption und neuem Layout. Stärker als bisher werden die Vierteljahrshefte ein Forum der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit ausgewählten aktuellen wirtschaftspolitischen Themen sein. Sie wenden sich an Wissenschaft, Politik und Wirtschaft.

In Themenheften werden wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Kontroversen zeitnah, kompakt und auf hohem Niveau aufgezeigt. Mit diesem Konzept heben sich die Vierteljahrshefte auch in Zukunft von anderen wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften ab. Um eine hohe wissenschaftliche Qualität zu gewährleisten, werden die eingereichten Beiträge weiterhin von Experten begutachtet.

Wir hoffen, dass die neue Konzeption der Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung überzeugt, und freuen uns über Anregungen und Kritik.

Die Herausgeber
Friedrich Breyer, Gustav A. Horn, Hans-Georg Petersen, Bernhard Seidel, Gert G. Wagner, Wolfgang Wiegard und Klaus F. Zimmermann



Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung
71. Jahrgang, Heft 1/2002, 164 Seiten

Familienförderung – Hintergründe, Instrumente und Bewertungen aus ökonomischer Sicht

Preis: Euro 66,80/sFr 114,90

Bestellungen:
Verlag Duncker & Humblot GmbH
Postfach 41 03 29
12113 Berlin
Tel.: 030-79 00 06-0
Fax: 030-79 00 06-31
E-Mail: *verkauf@duncker-humblot.de*

Impressum

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion
Dörte Höppner
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle
Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag
Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis
Jahrgang Euro 108,–/sFR 182,–
Einzelnummer Euro 10,–/sFR 18,–
Zuzüglich Versandspesen
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Druck
Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin